

Jobsuche leichter gemacht

Kündigungsschutz. In der Debatte darum, in welchem Maße der Staat Arbeitnehmer vor Entlassungen schützen sollte, werden zwei Dinge oft übersehen. Erstens versuchen die Betriebe schon aus demografischen Gründen viel stärker als früher, auch in Krisen ihre Mitarbeiter weiter zu beschäftigen. Zweitens hilft eine Deregulierung des Arbeitsmarkts, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen.

„Heuern und feuern“ nach Wildwest-Manier ist in Deutschland unmöglich: Bevor ein Unternehmen hierzulande Mitarbeiter entlassen kann, muss es eine Reihe von Vorschriften beachten. Für Betriebe ab elf Beschäftigten gilt zudem der ge-

setzliche Kündigungsschutz (Kasten Seite 2).

Über dieses Regelwerk diskutieren Befürworter und Kritiker immer wieder. Zwei wesentliche Aspekte sprechen zumindest dafür, die derzeitige Gesetzeslage zu hinterfragen:

1. Fachkräftemangel und demografischer Wandel. Die Fürsprecher des Kündigungsschutzes verweisen meist auf die ungleich verteilte Verhandlungsmacht: Während ein Arbeitnehmer materiell von seinem Job abhängt, ist ein Arbeitgeber in der Regel nicht auf einen bestimmten Beschäftigten angewiesen und kann menschliche Arbeitskraft gegebenenfalls auch durch Maschinen ersetzen.

Doch in Zeiten, in denen wichtige Fachkräfte knapp werden, verbessern sich die Bedingungen für die Arbeitnehmer:

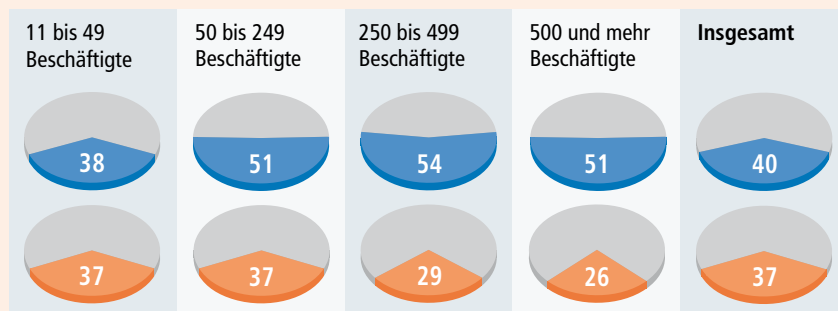
So kamen in Bayern im Oktober 2010 auf jeweils 100 Stellenangebote für Schlosser lediglich 67 Arbeitslose dieser Berufsrichtung; bei den Elektrikern waren es sogar nur 38.

Zudem ist den Betrieben bewusst, dass die demografische Entwicklung das Arbeitskräfteangebot tendenziell weiter sinken lässt. Entsprechend beschäftigen sie die Belegschaften auch dann, wenn vorübergehend nicht genug Arbeit für alle da ist. Dies hat bereits die Krise des Jahres 2009 gezeigt, als die reale Wirt- →

Kündigungsschutz: Zwei Seiten einer Medaille

So viel Prozent der Unternehmen haben ausschließlich aufgrund des gesetzlichen Kündigungsschutzes in den vorangegangenen vier Jahren schon einmal auf ... verzichtet

■ ... Kündigungen ■ ... Neueinstellungen



Befragung von 1.700 Unternehmen im Frühjahr 2008
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 7

In dieser Woche

Hamburg:
 Die Stadt mit dem größten Hafen Deutschlands steht wirtschaftlich betrachtet recht gut da.
 Seite 3

Tarifverhandlungen:
 Die Gewerkschaften gehen mit Lohnforderungen zwischen 5 und 7 Prozent in die Tarifrunden.
 Seite 4-5

Biomarkt:
 Ökologisch erzeugte Lebensmittel erfreuen sich hierzulande wachsender Beliebtheit.
 Seite 6

Klimaschutz:
 Die Europäische Union will bis 2020 ihre Emissionen um bis zu 30 Prozent gegenüber 1990 senken – ein teurer Plan.
 Seite 7

Breitbandanschlüsse:
 Bis Mitte dieses Jahres soll die schnelle Internetverbindung überall in Deutschland zur Verfügung stehen.
 Seite 8

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Präsident:
 Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland



→ schäftsleistung um 4,7 Prozent sank, die Zahl der Erwerbstätigen aber nahezu unverändert blieb.

2. Arbeitsmarkteffekte. Würde der Kündigungsschutz gelockert, stiege die Zahl der Entlassungen vermutlich an. Andererseits würde so manches Unternehmen wohl eher neue Mitarbeiter einstellen. Denn damit waren gerade kleinere Betriebe, die bei Kündigungen mit der komplizierten Rechtslage oft überfordert sind, zuletzt sehr zurückhaltend, wie eine Umfrage der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult zeigt (Grafik Seite 1):

Rund 37 Prozent der befragten Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten haben schon einmal wegen des gesetzlichen Kündigungsschutzes auf Neueinstellungen verzichtet.

Ob eine Deregulierung unterm Strich zu mehr Beschäftigten führen

würde, ist zwar unklar – die vorliegenden wissenschaftlichen Studien geben hier keine eindeutige Antwort.

Eines ist jedoch relativ sicher: Ein liberalerer Arbeitsmarkt bewirkt in der Regel, dass Stellen häufiger besetzt werden. Vor allem Langzeitarbeitslose erhalten damit bessere Chancen. Dies zeigt auch ein internationaler Vergleich (Grafik/Kasten): Gerade in den südeuropäischen Staaten, aber auch in Deutschland geht die relativ starke Regulierung des Arbeitsmarkts mit einer Langzeitarbeitslosenquote von bis zu 3,9 Prozent (2008) einher. In Kanada beispielsweise greift der Gesetzgeber dagegen kaum in den Arbeitsmarkt ein – dort waren zuletzt lediglich 0,4 Prozent aller Erwerbspersonen länger als ein Jahr ohne Job.

Für diesen Zusammenhang sprechen auch längerfristige Beobach-

tungen: Griechenland, Italien, die Niederlande und Portugal haben zwischen 1998 und 2008 ihren Arbeitsmarkt deutlich dereguliert – und mit Ausnahme Portugals konnten alle Staaten in diesem Zeitraum die Langzeitarbeitslosigkeit stark verringern.

Kündigungsschutz in Deutschland

Unternehmen müssen laut bürgerlichem Recht und anderen Gesetzen bestimmte Fristen einhalten, die Kündigung muss schriftlich erfolgen und es sind besondere Regelungen für einzelne Personengruppen zu beachten – z. B. für Betriebsräte und Menschen mit Behinderungen. Hinzu kommt, dass die einzelnen Arbeitsgerichte die oft wenig konkreten Rechtsvorschriften unterschiedlich auslegen.

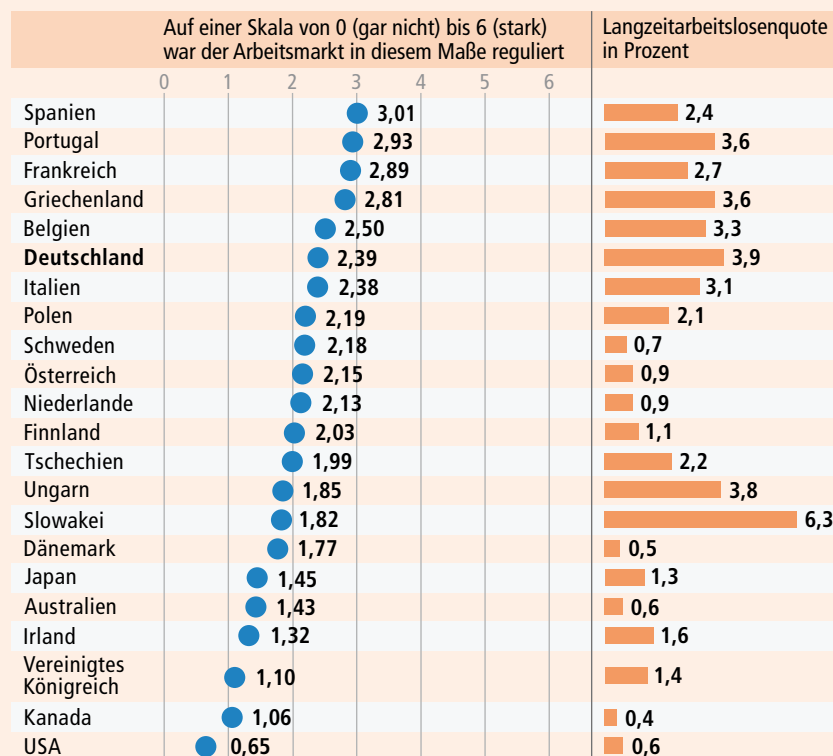
Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten unterliegen darüber hinaus dem Kündigungsschutzgesetz. Es legt unter anderem fest, in welchen Fällen sich eine Kündigung aus betrieblichen Gründen auch sozial rechtfertigen lässt. Dabei sind etwa die Betriebszugehörigkeitsdauer, das Lebensalter sowie etwaige Unterhaltspflichten eines Arbeitnehmers zu berücksichtigen. Auch dieses Gesetz enthält unbestimmte Rechtsbegriffe, die unterschiedlich interpretiert werden können.

Der OECD-Regulierungsindex

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ermittelt regelmäßig aus 18 Einzelindikatoren einen Index, der zeigt, wie stark der Arbeitsmarkt in den einzelnen Staaten reguliert ist. In die Berechnung fließen die Regulierung des individuellen und des kollektiven Kündigungsschutzes ebenso ein wie die gesetzlichen Vorschriften zur befristeten Beschäftigung und zur Zeitarbeit.

Zu viel Regulierung macht langzeitarbeitslos

im Jahr 2008



Langzeitarbeitslosenquote: Arbeitslose, die schon länger als ein Jahr ohne Job waren, in Prozent der Erwerbspersonen; Ursprungsdaten: OECD

Stabiles Hoch im Norden

Hamburg. Im norddeutschen Stadtstaat wird am 20. Februar außerplanmäßig ein neuer Senat gewählt, nachdem die Koalition aus CDU und Grünen zerbrochen ist. Wirtschaftlich steht die Stadt mit dem größten Hafen der Bundesrepublik recht gut da.

Forschung und Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Erwerbstätigkeit – in Deutschland sind es meist die südlichen Bundesländer, die in diesen Punkten am besten abschneiden (vgl. iwD 4/2011). Einzig Hamburg kann als Nordlicht glänzen.

Der Stadtstaat ist ein internationales Wirtschaftszentrum, das sich auf Dienstleistungen wie Versicherungen, Logistik (Hafenwirtschaft und Speditionen) sowie die Luftfahrtindustrie spezialisiert hat und das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner aller Bundesländer vorweist.

Deutschlands zweitgrößte Millionenstadt hat besonders von der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ vor zwei Jahrzehnten profitiert: Der Hafen dient als Logistikknoten für Nord- und Osteuropa – 7,9 Millionen Container wurden hier 2010 umgeschlagen. Mehr waren es europaweit nur in Rotterdam und Antwerpen.

Trotz des bereits hohen Wohlstandsniveaus geht es in Hamburg weiter aufwärts: Mit einer Wachstumsrate des BIP von durchschnittlich 0,49 Prozent lag die Hansestadt in den vergangenen fünf Jahren – wenn auch nur hauchdünn – über dem Bundesdurchschnitt von 0,43 Prozent (Grafik). Und auch die Re-

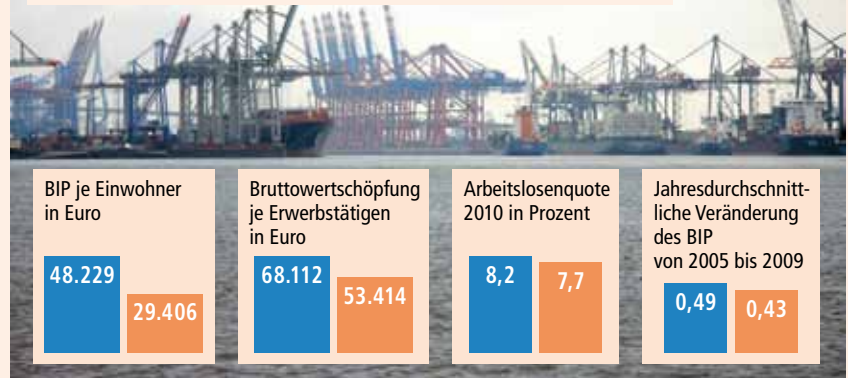
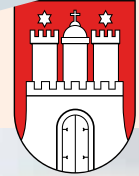
Hamburg: Kraftzentrum an der Elbe

2009 ■ Hamburg ■ Deutschland

□ Anteil Hamburgs an Deutschland in Prozent

Einwohner in 1.000	1.778	81.862	2,2
Erwerbstätige in 1.000	1.125	40.265	2,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	85,8	2.407,2	3,6

Wahl 2011



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR), Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwD 7

zession haben die Hamburger besser weggesteckt:

Im Krisenjahr 2009 ging die Wirtschaftsleistung nur um 3,2 Prozent zurück, während deutschlandweit ein Minus von 4,7 Prozent zu verzeichnen war.

Hier machte sich die geringe Industriedichte Hamburgs positiv bemerkbar. In der Hansestadt trägt dieser Sektor nur gut 12 Prozent zur Wertschöpfung bei. Am wichtigsten ist noch die Luftfahrzeugindustrie. Airbus unterhält in Finkenwerder sein größtes deutsches Werk mit 12.000 Beschäftigten; die Lufthansa zählt in ihrer Hamburger Werft 7.500 Mitarbeiter.

Die Bedeutung Hamburgs für das Umland wird nicht zuletzt auch daran deutlich, dass die Nachbarkreise in Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 5 bis 6 Prozent 2010 die niedrigsten Arbeitslosenquoten

Norddeutschlands aufwiesen – unter den 1,13 Millionen Erwerbstätigen der Hansestadt sind zahlreiche Pendler.

Als Stadtstaat bildet Hamburg mit seinen 1,8 Millionen Bürgern den Kern einer Metropolregion, die sich in die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein erstreckt und etwa 4 Millionen Einwohner umfasst. Doch die Hamburger verlassen sich nicht etwa auf den „Speckgürtel“, wenn es darum geht, die Wirtschaft voranzutreiben: Mit der Erschließung einer Fläche von 157 Hektar an der Elbe wird die Innenstadt derzeit um etwa 40 Prozent erweitert; geplant und teils schon fertiggestellt sind Büros und Geschäfte für 45.000 Beschäftigte sowie 5.800 Wohnungen. Gekrönt wird die „Hafencity“ von der neuen Elbphilharmonie, die 2013 fertig sein soll.

Die Realität ausgeblendet

Tarifverhandlungen. Für die Gewerkschaften ist die Wirtschaftskrise offenbar ausgestanden. Sie gehen mit Lohnforderungen zwischen 5 und 7 Prozent in die anstehenden Tarifrunden – obwohl es gar keinen lohnpolitischen Nachholbedarf gibt.

Wenn die Tarifparteien in diesem Jahr um Procente ringen, schaut die wichtigste und größte deutsche Branche, die Metall- und Elektro-Industrie, zu. Dort einigte man sich vor Jahresfrist auf einen zweijährigen Tarifvertrag, der für 2010 – dem Jahr eins nach der Krise – zwei Einmalzahlungen von jeweils 160 Euro vorsah. Außerdem stellte die Vereinbarung Instrumente zur Beschäftigungssicherung in den Mittelpunkt – vor allem eine verbesserte Förderung der Kurzarbeit. In diesem Jahr werden die Entgelte ab dem 1. April um 2,7 Prozent erhöht.

Noch eine Schippe draufgelegt hat die Stahlindustrie, wo die Löhne im Oktober 2010 um 3,6 Prozent stiegen. Volkswagen zahlt ab Mai 2011 insgesamt gut 4 Prozent.

Mit den ständig nach oben revidierten Konjunkturprognosen wach-

sen auch in anderen Branchen die Begehrlichkeiten: Viele Gewerkschaften fordern Gehaltssteigerungen zwischen 5 und 7 Prozent (Tableau).

Für den Öffentlichen Dienst fordert ver.di zwar „nur“ eine lineare Anhebung der Entgelte um 3 Prozent, das gesamte Plus fällt aber deutlich höher aus. Denn vorweg sollen erst einmal alle Tarifentgelte, die sogenannten Tabellenwerte, um pauschal 50 Euro angehoben werden. Das begünstigt die unteren Einkommensgruppen. Ähnliches will die Dienstleistungsgewerkschaft auch für die mehr als 100.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom durchsetzen.

In der Industrie und am Bau liegt die Messlatte für die anstehenden Verhandlungen ähnlich hoch. Für den Handel hat sich ver.di bislang nicht positioniert. Die Gehaltsanpassungen haben für die Gewerkschaften

zwar absolut Vorrang, allerdings gibt es auch den einen oder anderen Sonderwunsch: In der Textilindustrie sollen die Arbeitsbedingungen altersgerecht gestaltet werden.

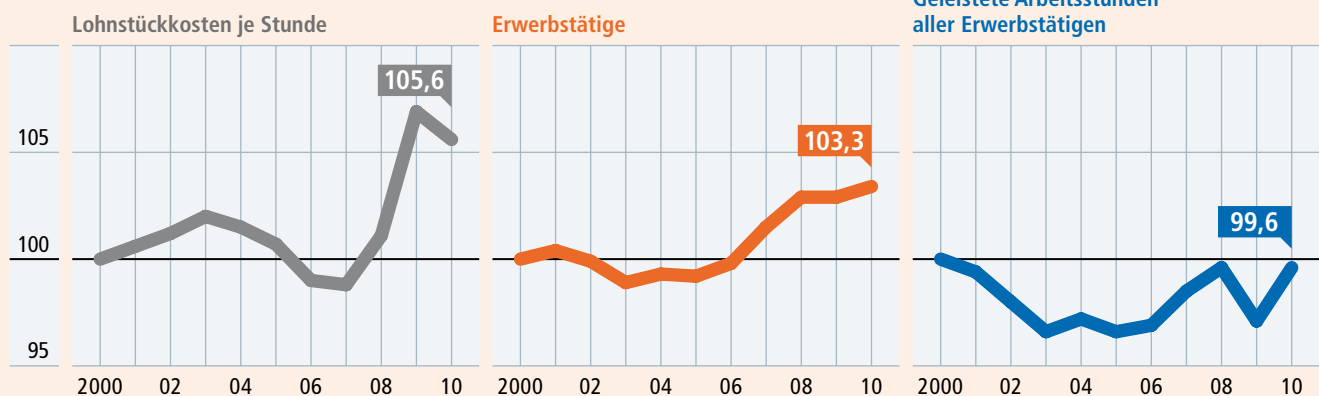
Ebenfalls in der Textilindustrie, aber auch bei den Versicherungen, sollen die Unternehmen mehr für die Gesundheit ihrer Beschäftigten tun. In der Süßwarenindustrie wollen die Gewerkschaften die tarifliche Altersvorsorge ausbauen. Und im Einzelhandel sollen sich die Tarifpartner auf einen bundesweiten Mindestlohn-Tarifvertrag einigen.

Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer übersehen bei ihren Forderungen jedoch, dass es den Firmen in vielen Branchen längst noch nicht wieder so gut geht wie vor der Krise. Denn die Produktivität, also das Verhältnis von Output zu Arbeitseinsatz, liegt vielfach noch unter dem Niveau von 2008.

Nach der klassischen Lohnformel aber sollen sich die Lohnsteigerungen vor allem an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Sonst

Lohnstückkosten: Der Gipfel ist überschritten

2000 = 100



Lohnstückkosten: Arbeitnehmerentgelte in Relation zur Produktivität
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Tarifrunde 2011

Wo verhandelt wird	Wann der Tarifvertrag auslief bzw. ausläuft	Was die Gewerkschaften fordern
Öffentlicher Dienst – Länder (ohne Berlin und Hessen)	Dezember 2010	Erhöhung der Entgelte um 3 Prozent plus Voraberrhöhung der Tabellenwerte um jeweils 50 Euro
Deutsche Telekom (und Servicegesellschaften)	Dezember 2010	Erhöhung der Entgelte um 6,5 Prozent; stärkere Anhebung in den unteren Entgeltgruppen
Textil- und Bekleidungsindustrie	Februar 2011	Entgelterhöhung um 5 Prozent
Chemische Industrie	Februar bis April 2011 (regional unterschiedlich)	Erhöhung der Entgelte um 7 Prozent
Versicherungen	März 2011	Erhöhung der Entgelte um 6 Prozent; Regelungen zur Beschäftigungssicherung und zum Gesundheitsschutz; Verlängerung der Altersteilzeit; mehr Auszubildende und mehr Übernahmen
Süßwarenindustrie (West)	März bis Juli 2011 (regional unterschiedlich)	Erhöhung der Entgelte um 5 Prozent; Ausbau der tariflichen Altersvorsorge
Baugewerbe	März 2011	Erhöhung der Entgelte um 5,9 Prozent
Druckindustrie	März 2011	Noch keine Forderung
Einzelhandel	März bis Juni 2011 (regional unterschiedlich)	Noch keine Forderung
Großhandel	März bis April 2011 (regional unterschiedlich)	Noch keine Forderung

Branchenauswahl
Ursprungsdaten: BDA-Tarifarchiv, Gewerkschaften

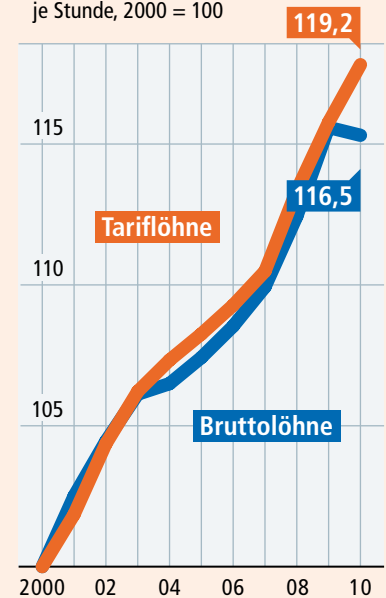
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 7

Effektivlöhne und Tariffzuwächse: Lange im Gleichschritt

Je stärker die Tarifföhne steigen, desto eher sind die Unternehmen gezwungen, bei den tatsächlich gezahlten Bruttolöhnen Abstriche zu machen.

je Stunde, 2000 = 100



Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 7

steigen für jede Produkteinheit die Lohnstückkosten, was die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit letztlich Jobs gefährdet.

In der vergangenen Dekade wurde diese Vorgabe tatsächlich umgesetzt (Grafik Seite 4). Bis 2008 sind die Lohnstückkosten praktisch stabil geblieben. Nur im Krisenjahr 2009 schrumpfte die Produktivität, während die Arbeitskosten stiegen. Dies war nicht zuletzt eine Folge der Kurzarbeit. Denn die Unternehmen mussten – obwohl das Arbeitsamt das Kurzarbeitergeld übernahm – weiterhin Kosten schultern wie z. B. das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, die betriebliche Altersvorsorge und den bezahlten Urlaub.

Seit 2010 ist eine Kurskorrektur zu beobachten: Die Lohnstückkosten sind mit der anziehenden Konjunktur wieder gesunken.

Dass die Tarifpartner mit ihrer Strategie der vergangenen Jahre richtig liegen, den Verteilungsspielraum an der Produktivität festzumachen, zeigt auch ein Blick auf die sogenannte Lohnrift (Kasten). Wenn bei den Tarifföhnen überzogen worden wäre, hätten die Unternehmen die Notbremse gezogen und bei Zulagen etc. entsprechend gekürzt. Das haben sie aber nicht: Die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne sind je Stunde genauso stark gestiegen wie die Tarifföhne.

Allein 2010 lief die Entwicklung aus dem Ruder. Die Effektivlöhne schrumpften leicht, weil in der Krise weniger übertarifliche Zulagen gezahlt wurden – wie Mehrarbeitszuschläge oder Boni (Grafik).

Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr die Kurzarbeit wieder abgebaut wurde. Infolgedessen stieg die Stundenzahl, die Löhne legten

aber nicht im gleichen Ausmaß zu, weil das Kurzarbeitergeld wegfiel.

Auch 2011 besteht kein Grund, vom Kurs der produktivitätsorientierten Lohnpolitik abzuweichen, da sie im vergangenen Jahrzehnt erfolgreich war. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwischen 2000 und 2010 um 3,4 Prozent gestiegen. Und seit 2006 hat sich auch das Arbeitsvolumen, die Zahl der geleisteten Stunden, positiv entwickelt.

Lohnrift

Unter Lohnrift versteht man die prozentuale Veränderung der Tarifföhne abzüglich der prozentualen Veränderung der Bruttolöhne (Effektivlöhne). Ein negatives Vorzeichen bei der Lohnrift zeigt an, dass die Unternehmen in der Summe nicht bereit waren, den Tarifflohnanstieg voll zu zahlen.

Öko wächst und gedeiht

Biomarkt. Ökologisch erzeugte Lebensmittel erfreuen sich zunehmender Nachfrage. Zuletzt setzte die Branche 5,9 Milliarden Euro in Deutschland um. Um den steigenden Bedarf zu decken, werden zunehmend mehr Bioprodukte importiert.

Nicht zum ersten Mal hat ein Lebensmittelskandal die Nachfrage nach Ökoware in Deutschland gepusht: Als Anfang Januar bekannt wurde, dass dioxinverseuchtes Schweinefleisch und Geflügel in den Handel gelangt war, griffen die Verbraucher verstärkt zu Biolebensmitteln. Kurz nach dem Ausbruch des Dioxinskandals waren Bioeier vielerorts ausverkauft, auch Hähnchen- und Schweinefleisch mit Biosiegel waren plötzlich knapp.

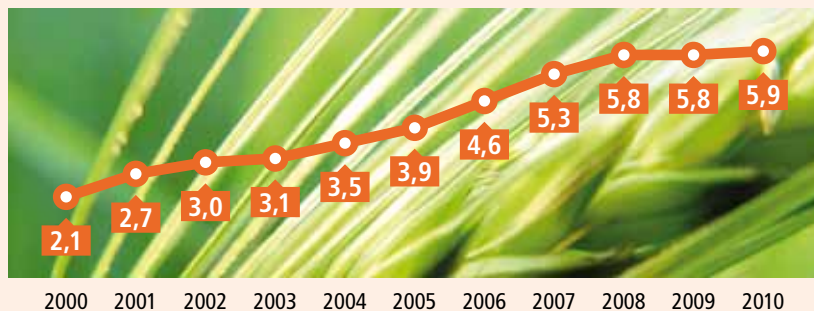
Viele Verbraucher stellen aus Angst oder Verunsicherung ihren Speiseplan für eine kurze Zeit zumindest teilweise auf Biolebensmittel um. Das war schon zu BSE-Zeiten so und ist heute nicht anders. Doch immer bleiben auch einige bei ihren neuen Verzehrsgewohnheiten hängen, sodass die Umsätze der Biobranche Jahr für Jahr kontinuierlich zulegen konnten (Grafik):

Im Jahr 2010 belief sich der Umsatz mit Biolebensmitteln nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft auf 5,9 Milliarden Euro – zehn Jahre zuvor waren es gerade mal 2,1 Milliarden Euro.

Allerdings hat sich die Nachfrage nach Biokost nicht kontinuierlich gesteigert: Während der Markt für ökologisch erzeugte Lebensmittel Mitte der 2000er Jahre jährliche Wachstumsraten von bis zu 18 Pro-

Lebensmittel: Der grüne Aufschwung

So viele Milliarden Euro wurden in Deutschland mit Bioprodukten umgesetzt



Bioprodukte: Biolebensmittel und Biogetränke ohne Außer-Haus-Verzehr und ohne Genussmittel
Quellen: Universität Kassel, AMI Agrarmarkt Informations-Gesellschaft, AC Nielsen, GfK

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 7

zent verzeichnete, war die Expansion zuletzt deutlich gebremst. Laut Expertenmeinung dürfte der Appetit auf Biokarotten und -milch jedoch künftig wieder deutlich zunehmen:

Das Institut für Handelsforschung prognostiziert, dass im Jahr 2020 rund 6,9 Milliarden Euro mit Biolebensmitteln umgesetzt werden; das Beratungsunternehmen Booz & Company rechnet sogar mit einem Marktvolumen von bis zu 10 Milliarden Euro – und zwar bereits im Jahr 2016.

Schon heute können die heimischen Biobauern die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten allerdings nicht mehr alleine stemmen. Dass die sogenannten Klimagünstlinge – etwa Biobananen oder Biolitschis – importiert werden müssen, ist ersichtlich. Doch mittlerweile stammen auch die meisten Biobirnen im deutschen Handel aus dem Ausland, ebenso werden Ök Zwiebeln, -möhren und -kartoffeln im großen Stil in die Bundesrepublik eingeführt.

Bei frischem Gemüse aus ökologischem Anbau beträgt die Importquote teils 50 Prozent und mehr – eine Größenordnung, die allerdings

auch bei konventionell erzeugtem Grünzeug erreicht wird.

Trotz des stetigen Wachstums der Biobranche: Immer noch ist der Marktanteil von biologisch erzeugten Lebensmitteln und Getränken mit knapp 4 Prozent an allen umgesetzten Nahrungsmitteln recht bescheiden. Gleichwohl bildet Deutschland innerhalb Europas – 2009 wurden in der Staatengemeinschaft 18,4 Milliarden Euro mit Bioware umgesetzt – den größten Markt für ökologische Lebensmittel. Auf Platz zwei liegt Frankreich (3 Milliarden Euro Umsatz), gefolgt von Großbritannien (2,07 Milliarden Euro Umsatz).

Und wo kaufen die Deutschen ihre Naturkost ein? Die meisten Ökolebensmittel finden über die traditionellen Discounter den Weg zu den Verbrauchern. Während der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel beim Absatz von Bioware aber stagniert, konnte der Fachhandel mit Biolebensmitteln zuletzt zulegen. Kein Wunder: Mit knapp 580 Biosupermärkten ist Deutschland auch auf diesem Feld europäischer Spitzenreiter.

Ehrgeiz hat seinen Preis

Klimaschutz. China und die USA sind die größten Treibhausgas-Emittenten der Welt, aber ihre Reduktionszusagen bleiben vage. Die Europäische Union (EU) dagegen diskutiert, ihre Emissionen bis 2020 um bis zu 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken – was allein die deutsche Wirtschaft rund 4,5 Milliarden Euro zusätzlich kosten könnte.

Deutschland verursacht nur noch gut 2,5 Prozent des gesamten weltweiten Ausstosses von Treibhausgasen. Somit wirken sich die großen Bemühungen, hierzulande die Emissionen noch weiter zu reduzieren, kaum auf das weltweite Klima aus – andere Länder könnten viel mehr erreichen:

Während die 27 EU-Mitglieder ihre Emissionen seit 1990 um mehr als 11 Prozent gesenkt haben und Deutschland bis 2008 sogar ein Minus von gut 21 Prozent schaffte, haben die USA in diesem Zeitraum 13 Prozent mehr Klimagase ausgestoßen.

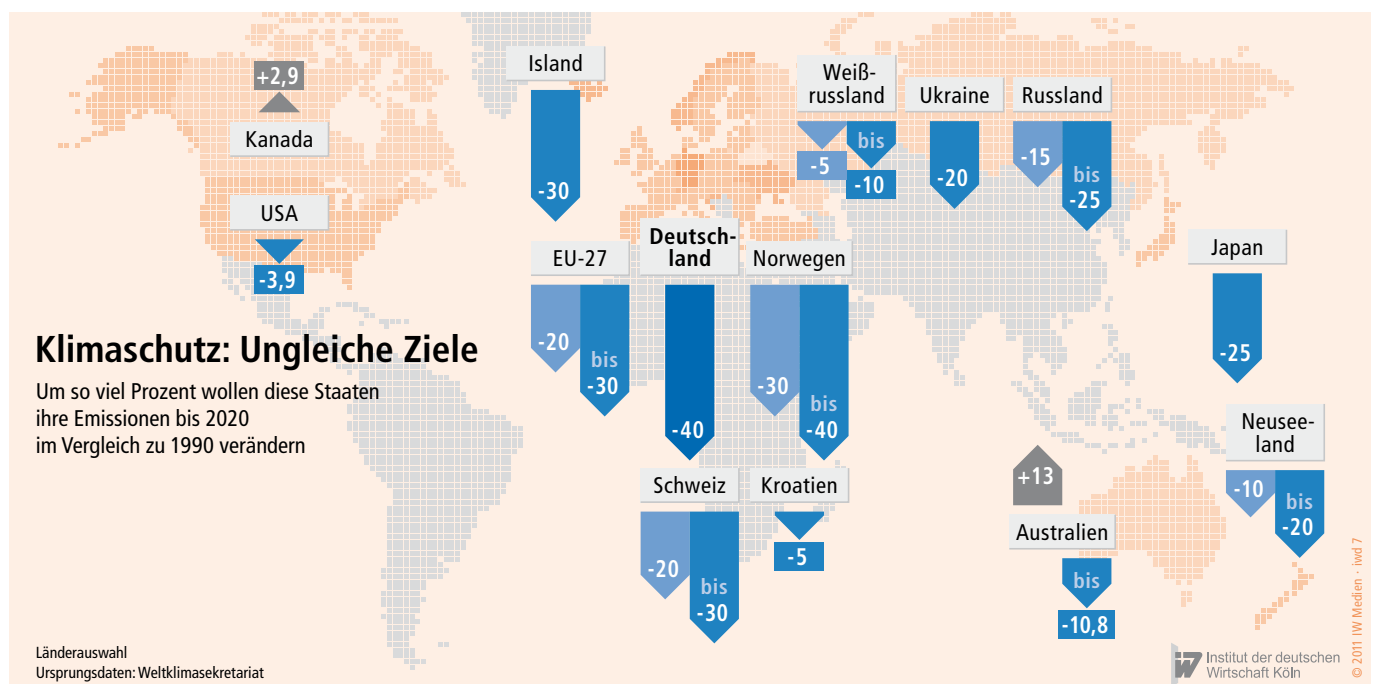
Auch China hat seine Treibhausgasemissionen seit 1990 mehr als verdoppelt und ist damit zum größten Emittenten der Welt aufgestiegen. Fast 40 Prozent der globalen Emissionen gehen auf das Konto Chinas und der USA. Weltweit betrachtet sind die Emissionen seit dem Jahr 1990 um mehr als ein Fünftel angestiegen – aller Konferenzen, Verpflichtungen, Regelungen und Anstrengungen zum Trotz.

Auch auf dem letzten Weltklimagipfel in Cancun Ende vergangenen Jahres ist kein neues Abkommen zustande gekommen. Die EU hat sich dagegen verpflichtet, ihre Emissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu verringern und hat mittlerweile sogar eine Reduktion um 30 Prozent angeboten (Grafik). Deutschland ist noch eifriger: Um 40 Prozent soll der Treibhausgasausstoß hierzulande bis 2020 sinken. Damit lastet der größte Teil der europäischen

Minderungsverpflichtungen auf den Schultern der Bundesrepublik.

Die EU-Kommission hat errechnet, dass das europaweite 30-Prozent-Ziel teuer wird: Die Preise für Emissionsrechte dürften sich zumindest verdoppeln.

Für die Stromerzeugung und die Industrie ist das mit Extrakosten verbunden – für Deutschland werden für das Jahr 2020 Zusatzbelastungen von 4,5 Milliarden Euro erwartet. Unternehmen müssen nicht nur für Zertifikate tiefer in die Tasche greifen, um sich die Erlaubnis für Emissionen zu erkaufen, sondern zudem nach weiteren – meist kostspieligen – Möglichkeiten suchen, ihren CO₂-Ausstoß zu drosseln. Dies trifft besonders energieintensive Branchen, die ohnehin in einem harten internationalen Wettbewerb stehen. Viele weitere Betriebe und Haushalte bekommen die höheren Kosten über einen steigenden Strompreis zu spüren.



Das IW Köln wird 60

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wird 60 Jahre alt. Gegründet wurde es 1951 als Deutsches Industrieinstitut, seit 1973 firmiert es unter seinem heutigen Namen. Im Jubiläumsjahr finden zahlreiche Veranstaltungen – zum Teil gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden – statt. Weitere Informationen finden Sie auf www.iwkoeln.de.

24.2. Diskussionsveranstaltung mit Werner Hoyer, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, und Prof. Michael Hüther, Studio Dumont, Köln +++ **7.4.** Berliner Gespräche – Frühjahrstagung, Berlin +++ **2.5.** Festakademie mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Akademie der Wissenschaften, Berlin +++ **12.5.** Gemeinsame Veranstaltung mit Hessen Metall, Frankfurt am Main +++ **17.5.** IW-Workshop, Brüssel +++ **25.5.** Gemeinsame Veranstaltung mit Metall NRW, Düsseldorf +++ **16.6.** JUNIOR Bundeswettbewerb, Köln +++ **19.10.** Berliner Gespräche – Herbsttagung, Berlin +++ **16.11.** Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit dem Arbeitgeberverband Köln, Köln +++ **7.12.** Diskussionsveranstaltung mit Stephan Grünwald, Geschäftsführer rheingold, Institut für qualitative Markt- und Medienanalysen, und Prof. Michael Hüther, Studio Dumont, Köln

Adressaufkleber

Langsame Nutzer

Breitbandanschlüsse. In Deutschland soll die schnelle Internetverbindung bis Mitte 2011 flächendeckend zur Verfügung stehen.

Wer auf einer Hallig oder in den Hochalpen lebt, kennt das Problem: Ins Internet gelangt man in solch dünn besiedeltem oder topografisch schwierigem Gelände häufig nur per analogem Modem oder ISDN. Mit diesen Schmalbandanschlüssen lassen sich meist lediglich E-Mails senden und empfangen. Der Zugang zum Web ist zudem sehr langsam, denn die meisten Internetseiten sind längst auf schnelle Breitbandverbindungen ausgelegt.

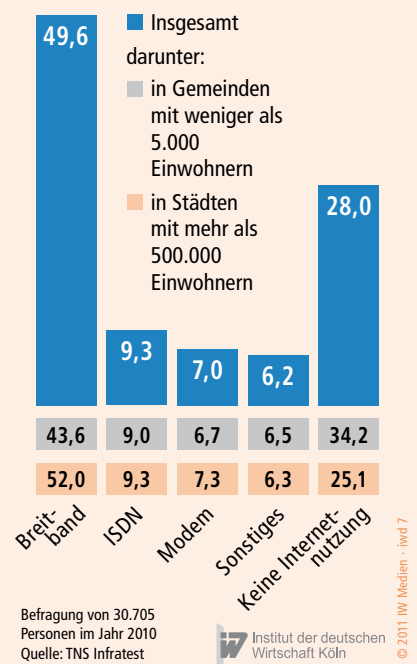
Unter Breitband versteht man Internetzugänge, die Daten mit einer Übertragungsrate von einem Megabit pro Sekunde und mehr transportieren. Derzeit ist dies bundesweit in 98,5 Prozent aller Haushalte möglich, tatsächlich genutzt wird die Technik allerdings noch deutlich seltener (Grafik):

Etwa die Hälfte der Bevölkerung geht derzeit mithilfe von Breitbandanschlüssen online.

Weil der schnelle Zugang ins Netz für Privatpersonen und Unternehmen – zur besseren Positionierung im Wettbewerb – von enormer Bedeutung ist, will die Bundesregierung bis zur Jahresmitte eine flä-

Internet: Breitband macht sich breit

So viel Prozent der Einwohner in Deutschland nutzten 2010 diese Technik



chendeckende Breitbandversorgung erreichen – ein Ziel, das sie sich ursprünglich schon für Ende 2010 vorgenommen hatte. Da der Ausbau der Netze teuer ist, nimmt die Politik die Mobilfunkanbieter in die Pflicht: Die dürfen neue Frequenzpakete in lukrativen Ballungsgebieten erst dann einsetzen, wenn sie vorab in den Breitbandausbau in unterversorgten Gebieten investiert haben.

Weitere Informationen zur Breitbandversorgung in Deutschland gibt es unter: www.zukunft-breitband.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.